



Biertäglicher Wochenspiegel. In Breslau 5 Mark, Woden-Woche, 50 Pf.
Außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Unterhaltungsgebühr für den
Raum einer sechstelten Seite 20 Pf. Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anhalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 556. Mittag-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 26. November 1880.

Die Donaufrage.

Berlin, 25. November.

■ Bekanntlich wäre diese wichtige und schwierige Frage vor wenigen Wochen beinahe ein wahrer Feuerbrand geworden, der mittler in das so sehr geprägte europäische Concert hineingeworfen wurde; Österreich-Ungarn hatte sehr exclusive Prätentionen betreffs der Rolle, die es auf der Balkanhalbinsel spielen wollte. Aber es ist nun einmal Bestimmung, daß Alles, was sich auf den Orient bezieht, sehr vielseitige Phasen durchlaufen muß und allmälig tausend verschiedene Formen annehme. Die Orientfrage hat eine wahre Proteusnatur und glaubt man sie fest zu haben, entschläpft sie einem aus der Hand und tritt plötzlich in ganz neuer Gestalt wieder auf.

So schien es ausgemacht, daß England sich, in Übereinstimmung mit Russland, dem widersehen würde, daß Österreich-Ungarn in der Donau-Commission den Vorsitz einnahm. Und in der That schien Gladstone's Politik ein ganz bestimmtes Ziel zu haben, nämlich der Habsburgischen Monarchie jedes Übergewicht im Orient zu entwinden und den Völkern der Balkanhalbinsel die Sorge für ihr Geschick ganz ausschließlich zu überlassen. Gladstone selbst hatte sich, in seiner ausdrucksvoollen Redeweise, einmal mit einem Wächterhund verglichen und Österreich zugerufen: „Nieder mit den Tazzen, oder ich befehle!“ Das war vielleicht sehr wenig parlamentarisch, sicher aber so klar als möglich, und in der Politik geht nichts über Klarheit. Ein offener, eingestandener Feind ist immer besser als ein zweifelhafter Freund oder ein wankelmüthiger Verbündeter.

Auf einmal ist Alles verändert. Die Rede im Mansion-House hatte uns schon auf etwas Derartiges vorbereitet, aber wir konnten doch nicht an einen so totalen Umschwung glauben. Nicht allein giebt das jetzige Cabinet seine früheren Ziele im Orient auf, es tritt vielmehr ganz in die Auffassungen des Tory-Cabinetts ein und man fragt sich im Ernst, was denn nun noch dem Eintritt Lord Beaconsfield's in das Cabinet Gladstone — oder auch umgekehrt — im Wege steht. Es ist nicht allein eine gemilderte, abgeschwächte Note in Beziehung auf Österreich, es ist eine vollkommene Billigung, eine rückhaltlose Ermutigung. Das Cabinet, hinreichend mit der irischen Frage beschäftigt, die von Tag zu Tag ernster und schwieriger wird, giebt der Pression der öffentlichen Meinung nach, die, wie es scheint, Frieden, Ruhe verlangt und dieselben nur in einer Politik der Zurückhaltung findet. Könnten etwa die größten Freunde, die glühendsten Anhänger Österreichs eine wärmere Sprache zu dessen Gunsten wünschen, als z. B. die der „Times“?

Von dem Augenblick an, sagt das City-Blatt, wo die Donau-Ufer-Staaten die Aufsicht über diesen Fluss in die Hand nehmen, ist es klar, daß der Vorsitz mit einem Übergewicht der Stimme demjenigen der Uferstaaten gehören muß, welcher persönlich das größte Interesse daran hat, die Freiheit der Schifffahrt zu sichern. Möge man eine andere Lösung suchen: es giebt keine. Wenn man den Schutz der Schiffe, welche die Donau befahren, sichern will, muß man zu der Monarchie seine Zuflucht nehmen, welche allein über zwanzig Mal stärkere Mittel gebieten kann als alle anderen Flussstaaten zusammen. Eins von beiden: entweder Europa muß sich die Controle

der Donauschiffahrt vorbehalten, und dann müssen sich die Mächte darüber verständigen, oder es muß sie den Uferstaaten überlassen und dann mit absoluter Notwendigkeit seine Machtvollkommenheit Österreich-Ungarn abtreten.“

Die „Times“ spricht goldene Worte, aber sie vergibt eine Sache: nämlich, daß die Alternative, welche sie aufstellt, eine neu geschaffene ist. Man dachte früher nicht daran, sie aufzustellen. Es war vollkommen anerkannt, daß die Controle über die Donau von europäischem Interesse wäre und nicht etwa von einem localen, nur für die Uferstaaten. Hat man etwa so auf dem Pariser Congrès gesprochen, als man Dossenabien dem rumänischen Fürstenthum offenbar in der Absicht übergab, um Russland den Einfluß zu nehmen, den ihm der Besitz der Donau mündungen gab? Man dachte nicht einmal auf dem Berliner Congrès daran, als man das Principe aufstellte, daß die gesamte Orientfrage von europäischem Interesse wäre und daß man an die Stelle der isolierten Action Russlands die collective von ganz Europa setzen müßt.

Was ist denn nun aus diesen schönen Ratschlägen geworden? Hatten sie als einzigen Zweck etwa, eine Schwenkung zu markieren? Und ist denn nun Europa entschlossen, der österreichisch-ungarischen Monarchie ein Mandat zur Ausführung aller Artikel des Berliner Vertrages zu geben? Man scheint entschlossen, ihr das Mandat, die Donau nach ihrer Weise zu reglementieren, zu geben. Wie weit wird aber diese allmäßige Macht-Ubertragung sich erstrecken oder vielmehr diese absolute Erziehung der Collectiv-Action der Mächte durch Österreich-Ungarn allein? Man beklagte sich früher über den russischen Einfluß; man scheint jetzt ihn durch den österreichisch-ungarischen ersehen zu wollen. Wir werden sehen, was der christliche Orient dabei gewinnen wird.

In Wahrheit aber seien uns diese Vorgänge nicht allzusehr in Erstaunen. Fürst Bismarck war entschlossen, den österreichischen Forderungen jedenfalls die Hand zu bieten ebenso wie er entschlossen war, den Widerstand Englands zu brechen. Die politische Welt wußte längst, daß er Gladstone nur ungern an der Spitze der Macht sah und daß er sich vorgenommen, sich von einem so unbehaglichen Manne frei zu machen. Um dies zu erreichen, hat er die Türkei zum Widerstand ermuntert und der sogenannten Flottendemonstration einen Anstrich von Lächerlichkeit gegeben, deren Wirkung nicht gelehnt werden kann.

Der englische Premier hat dies begriffen. Er hat sich in Europa isoliert gesehen und sich nicht kräftig genug gefühlt, um gegen Fürst Bismarck anzukämpfen. Da hat er, mit einer Geschicklichkeit, die höchst sonderbar zur Strenge seiner Grundsätze paßt, eine absolute Schwenkung gemacht. Anstatt der Verbündete Russlands zu sein, hat er sich zur Stütze Österreichs gemacht. Das ist eine alte Geschichte, so alt wie die Welt, und darf uns nicht besonders in Erstaunen setzen.

Die internationale Conferenz für Industriehilf.

Aus Anlaß der letzten Pariser Weltausstellung von 1878 trat auf Einladung des französischen Handelsministers Herrn Leissiere de Port in Paris ein Congrès für Industriehilf zusammen. Derselbe erzielte einen inter-

nationalen Staatenverein zum Schutz der Erfindungspatente, Waarenmuster und Fabrikmarken im ganzen Umfange des Gebiets der zu ihm gehörigen Staaten. Man hatte dabei die Analogie des Weltpostvereins vor Augen. Die Idee ist eine großartige; es muß aber doch bezweifelt werden, ob unsere Beziehungen danach angehen sind, ein solches Project zu verwirklichen.

Der erwähnte Congrès setzte einen kändigen Ausschuß ein, der aus mehreren nach den Staatengebieten zusammengelegten Sectionen besteht. In der ersten Hälfte des Novembers ist in Paris auf Grund der Vorarbeiten eine „Internationale Conferenz für Industriehilf“ zusammengetreten, deren Berathungen folgendes Programm zu Grunde liegen:

I. Allgemeiner Theil. 1) Die beteiligten Regierungen constitutieren sich hiermit als Industriehilf-Verein. 2) Die Angehörigen jedes diesem Verein beigetretenen Staates sollen in Bezug auf den Schutz der Erfindungspatente, Muster und Modelle, Fabrikmarken und Handelsfirmen in den übrigen beteiligten Staaten dieselben Rechte wie die eigenen Staatsangehörigen genießen. 3) In jedem Lande soll eine besondere Behörde für die Angelegenheiten des Industriehilfs eingesetzt werden. Mit derselben soll ein Centraldepot für Erfindungspatente, Muster und Modelle, für Fabrik- und Handelsmarken zum Zwecke der Kenntnahme seitens des Publikums verbunden sein. Durch die besagte Behörde soll ein amtliches Blatt herausgegeben werden. Gegenüber solchen Maßregeln getroffen werden für die Herausgabe einer allen beteiligten Staaten gemeinsamen internationalen Zeitschrift. 4) Die auf den offiziellen oder als offiziell anerkannten internationalen Ausstellungen aufgestellten patentfähigen Erfindungen, Muster und Modelle, sowie Fabrik- und Handelsmarken sollen einen zeitweiligen Schutz genießen. II. Specieller Theil. A. Erfindungspatente. 5) Jede auf ordnungsmäßigen Wege in einem der beteiligten Staate bewirkte Eintragung einer Patent-Anmeldung soll auf eine näher zu bestimmende Zeitdauer auch für die Eintragung in den übrigen Staaten ein Prioritätsrecht begründen. 6) Die durch den Patentinhaber erfolgte Einführung patentirter Erzeugnisse, in das Land, in welchem das Patent ertheilt ist, soll nicht den Verlust der Patentberechtigung nach sich ziehen, falls die Erzeugnisse innerhalb des Vereinsgebietes hergestellt sind. B. Muster und Modelle. 7) Die in einem der beteiligten Staaten eingetragenen Muster oder Modelle sollen auch in den übrigen Staaten geschützt sein. Über die Rechtmäßigkeit des Eigentums an denselben entscheidet die Gesetzgebung des Ursprungslandes. 8) Jede auf ordnungsmäßigen Wege in einem der beteiligten Staaten bewirkte Eintragung soll auch für die Eintragung in den übrigen Staaten auf eine näher zu bestimmende Zeitdauer ein Prioritätsrecht begründen. C. Fabrik- und Handelsmarken. 9) Die in einem der beteiligten Staaten eingetragenen Marken sollen auch in den übrigen Staaten geschützt sein. Über die Rechtmäßigkeit des Eigentums an denselben entscheidet die Gesetzgebung des Ursprungslandes. 10) Jede auf ordnungsmäßigen Wege in einem der beteiligten Staaten bewirkte Eintragung soll auch für die Eintragung in den übrigen Staaten auf eine näher zu bestimmende Zeitdauer ein Prioritätsrecht begründen. 11) Alle ausländischen Produkte, welche unrechtmäßig die Marke eines einheimischen Fabrikanten oder Händlers tragen oder fälschlich als einheimische Produkte bezeichnet sind, sollen bei ihrer Einführung angehalten, von der Durchfuhr und den Depots ausgeschlossen und an jedem Orte, wo sie betroffen werden, mit Beslag belegt sein. D. Handelsfirma. 12) Das Eigentumrecht an der Handelsfirma soll ohne Unterschied der Nationalität und ohne die Verpflichtung einer amtlichen Eintragung geschützt werden.

Der französische Minister des Auswärtigen hat dies Programm den Regierungen auf diplomatischem Wege mittheilen lassen und sie zu dieser Conferenz eingeladen. Deutschland hat die Beteiligung an derselben abgelehnt. Diese Zurückhaltung ist zu bedauern. Wenn wir — sagte die „Trib.“ — auch nicht erwarten, daß die übrigen Staaten sich auf dem Boden des vorgelegten Programms einigen werden, was jedenfalls für Deutschlands Industrie höchst nachteilige Folgen haben würde, so liegt doch kaum ein stichhaltiger Grund zu einseitiger Ablehnung vor; denn die Ver-

Drei Gedächtnisse des 1. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 10.

(28. bis 30. November 1870.)

Wir leben in den Tagen der Erinnerung an die Zeit, in welcher das neue Deutsche Kaiserreich erstanden ist. Der Tag von Sedan hat in diesem Jahre einen lebhaften Wiederhall herverursachen, als in den Vorjahren, der Tag der Kaiserproklamation wird die gleiche Wirkung haben. Jeden von denen, welche den Krieg von 1870 mitgemacht haben, ruft sich die zehnjährige Gedächtnis und lebt die Zeit gewissermaßen noch einmal durch.

Es ist der Zweck der nachfolgenden Zeilen, drei Tage zu schildern, so weit sie in der Erinnerung haften blieben, welche einem jeden Angehörigen des 10. Grenadier-Regiments, der sie in Choisly-le-Roi und Thiais erlebt, unvergänglich sein werden. War es dem Regiment nur wenig bedrögt, mit den Franzosen im offenen Kampfe sich zu messen, so waren dafür die Vorposten vor Paris um so gefährlicher und aufreibender, und wenn schon die meisten Vorposten nicht aufhörenden Kugelwechsel brachten, so gestalteten sich die dreimal vierundzwanzig Stunden vom 28. bis 30. November wohl mit zu dem Interessantesten, was von uns in jenem Feldzuge erlebt worden ist.

Der Schreiber dieser Zeilen kann in den Einzelheiten allerdings nur von seiner Compagnie berichten, doch geben deren Erlebnisse wohl mehr oder weniger einen Spiegelbild dessen, was der Gesammttheit widerfuhr.

Am 27. November 1870 war es bereits recht lebhaft in Choisly-le-Roi, der Vorpostenstellung der 11. Division. Wir hörten in unserem Cantonement Ablon den ganzen Tag den Geschützdonner der französischen Forts. Am frühen Morgen des 28. November marschierte das 10. Regiment zur Ablösung des 1. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 51 nach Choisly. Als wir anlangten, gingen die Compagnies des 1. Bataillons in erste Linie, die erste Compagnie auf den Kirchhof, die zweite an die große Straße (Avenue de Paris), die dritte hart an Thiais, die vierte nach Thiais. Die Einheitsfünfziger erzählten, daß sie am vorhergehenden Tage viel vom französischen Granatfeuer zu leiden gehabt hätten. Nun, uns sollte es noch anders kommen.

Von der zweiten Compagnie (Prem.-Lieut. von S.) ging der 4. Zug (Vier. D.) auf Feldwache, ein vorgeschoßener Unteroffizierposten besetzte das äußerste Haus an der Pariser Chaussee.

Allmählich wurde es hell, der Posten vor Gewehr mußte vom Berge etwas hinabgehen. Es wurde 8 Uhr. Mit dem Glöckenschlag knallte es links hinter Fort Bicêtre. Es war der erste Granatschuß, welchem mit ihrem Feuer die ganze Batterie folgte, dann die nächste Batterie, dann das Fort Bicêtre, die Schanze La-haute-Bruyère, die Schanzen um das Fort Vincennes, das Fort selbst, die Kanonenbatterie auf der Seine, dann das Fort Charenton und Gravelle mit den zwischenliegenden Batterien. Alle diese gaben Schuß ab, man sah hintereinander ein Geschütz nach dem anderen Rauch austossen, es folgte der Knall, dann beim Blazzen der Projekte ein zweiter. Waren die Franzosen rechts fertig, so ging es links von Neuem an, unterbrochen zwei Stunden lang. Alle Geschütze waren auf Choisly-le-Roi gerichtet. Es war ein Höllenspectakel, der mit dem Schlag 10 Uhr aufhörte, um nach kurzer Frist von vorne anfangen.

Die erste Wirkung dieses Bombardements, welche wir wahrnehmen konnten, war, daß ein Teil der herrlichen, riesigen Bäume bedeutend litt. Eine solche Granate schnitt einen großen Baum, der vielleicht einen Durchmesser von 1½ Fuß batte, glatt mitten durch; sie riß große Löcher in Mauern, ging auch wohl durch ein Haus gänzlich hindurch.

Das Granatfeuer der Franzosen war uns keine neue Musik, aber so intensiv hatten wir es noch nicht kennen gelernt und atmeten auf, als es nach zwei Stunden schwieg. Wir waren zuerst der Meinung, es wäre genug, wurden jedoch bald eines Anderen belehrt, denn Schlag 12 Uhr ging der Spectakel von Neuem los, in derselben Weise wie Vormittags, um uns zwei Stunden ununterbrochen in Atem zu halten. Die Lust war so zu-

sagen mit dem Rauschen der Granaten erfüllt, aller Orten fielen dieselben nieder, glücklicherweise häufig, ohne zu crepiren. Auf dem Kirchhof bei der ersten Compagnie befand sich das Grab eines französischen Obersten, der nach der Inschrift auf dem Grabstein in Algier viele Jahre gesessen. Der Stein, welcher das Grab bedeckte, war fast einen Fuß dick, aber eine Granate hatte ihn durchgeschlagen, so daß man in die Grube hinabsehen konnte. Es war ein Glück, daß die Franzosen nur ungern an der Spitze der Macht sah und daß er sich vorgenommen, sich von einem so unbehaglichen Manne frei zu machen. Um dies zu erreichen, hat er die Türkei zum Widerstand ermuntert und der sogenannten Flottendemonstration einen Anstrich von Lächerlichkeit gegeben, deren Wirkung nicht gelehnt werden kann, wenn die Geschosse in die Seine fielen und auf dem Grunde derselben explodirten. Dann wurden hohe, mächtige Wassergarben in die Höhe getrieben. Ferner machten sich die Kanonenboote gut. Diese kamen zwischen Ivry und Conflans herausgefahren und stellten sich in Geschützordnung auf; in erster Reihe vier, in zweiter, auf den Intervallen der ersten, drei.

Mit Unterbrechungen dauerte die Kanonade den ganzen Tag und die ganze Nacht. An Kochen war nicht zu denken. Abends begann ein heftiges Infanteriefeuer. Der Bataillons-Commandeur (Obers-Lieutenant von W.) befand sich bei der zweiten Compagnie und commandirte Schnellfeuer. Wir schossen nun, was wir konnten, und nach kurzer Zeit schwiegen das Gewehrfeuer, um dem Kanonenbonner wieder Platz zu machen. So verging die Nacht, ohne daß wir ein Auge zutun konnten.

Am Morgen des 29. November, vom zweiten Bataillon abgelöst, gingen wir in die zweite Linie zurück. Gegen Mittag stand unsere Compagnie in einer Seitenstraße der Avenue de Paris hinter einer mitternd mit Erdreich bemornten Mauer, während die Projekte über uns weg rasen. Die schönsten Parkbäume flogen wir fallen, die prächtigsten Villen in Ruinen verwandeln.

Plötzlich hieß es: „Rechts um! Marsch!“ und wir marschierten nach der Leibabteilung in die erste Linie, welche von der fünften Compagnie besetzt war. Vor derselben lag ein einzeln stehendes, sehr großes Gehöft, Gare aux boeufs genannt, in welchem ein vorgeschoßener Posten der fünften Compagnie lag. Diesen hatten die Franzosen überrumpelt und den Vicefeldwebel S., Ein-Freiwilligen Gefreiten L. (beide Breslauer), den Unteroffizier R. und einige Männer gefangen genommen. Hier war der Granatenbagel fürchterlich. Einige Minuten stand die Compagnie in der Halle der Fabrik, aber die Geschosse prasselten unausweichlich auf die Wölbung, jeden Augenblick glaubten wir, würde sie zusammenbrechen. Wir kamen nun hinaus und lagen in Schützenlinien hinter einer langen Hecke.

Noch stand der hohe Schornstein der Fabrik. Bei zufälligem Umdrehen gewahrte ich mit noch einigen Kameraden, wie eine Granate gerade in derselben fuhr, es kam uns vor, als drehe sich das ganze gewaltige Gemäuer etwas um seine Achse, dann kippte es um. Wir hatten einen mächtigen Hunger und kochten gar nicht gut an. Wer beschreibt unser freudiges Erstaunen, als Nachmittags der Führer unseres Compagniewagens, Gefreiter R., mit diesem durch den Thorweg der Fabrik zu uns heranfuhr und Probiavit brachte.

Am Abend waren wir wieder in die zweite Linie zurückgekehrt, als Gewehrfeuer uns an die Barrilade rief. Hier verlor im Vorgehen mein Nebenmann zur Rechten, Gefreiter R. durch einen Gewehrschuß beide Schenkel. Er sprang doch in die Höhe und stürzte entsetzlich, seine Verwundung stellte sich dann auch als eine der schmerhaftesten heraus. Im selben Augenblick ließ aber auch mein linker Nachbar, Grenadier W., das Gewehr sinken, mit dem Rufe: „Wer war der grobe Kerl?“ Er hatte eine abgeprallte Kugel gegen den Rücken bekommen, kam aber nach wenigen Minuten wieder nach. — An der Barrilade commandirte Ob.-Lieut. M. von den Füllzieren. Als diesem eine Chassepotugel durch den Mantel fuhr, sagte er, „Die Kerle lassen einem nicht einmal die Sachen an.“ Auch hier hörte das Infanteriefeuer bald auf, um den Granaten und Bomben Platz zu machen, und die Nacht verging wie die vorhergehende.

Am 30. November gingen wir in dritte Linie. Der Vormittag brachte wieder mehrmaligen zweistündigen Granatenbagel. Sobald die erste Granate

lam, verliehen wir die Häuser und gingen in die Schützengräben. Mittag ging ich als Befehlsschreiber nach dem Regimentsbureau. Während ich mit einem Breslauer Bekannten, Reservist L., mich unterhielte, schlug eine Granate grade unter dem Fenster ein, an welchem wir sahen. Das Haus explodierte in allen Etagen. — Unter den Befehlen, welche ich empfing, lautete einer, die zweite Compagnie habe, im Falle, daß Infanteriefeuer sich hören lässe, nach der Chrissallerie in die erste Linie vorzugehen. Als ich diesen Befehl dem Compagnieführer vorlas, befahl mir dieser, Niemandem davon zu erzählen.

Mit der bereits gewohnten Abwechselung kam der Abend heran. Da

wieder einmal Ruhe war, so lagerten wir uns in den Häusern. Meine Corporalschaft (Unteroffizier G...) lag in einem kreisrunden Zimmer auf Stroh. Nebenan befand sich ein Billardzimmer. Plötzlich erschallte der Ruf: „Granate!“ — wir stürzten heraus in den Graben und sofort färbt eine Granate in das Haus hinein. Später sahen wir, daß dieses Ungetüm das Billard durchgeschnitten hatte, durch die Mauer in das runde Zimmer gefahren und in diesem crepirt war.

Im Schützengraben war es höchstens gemütlich. Ich befand mich dem Premier-Lieutenant von S. fast gegenüber. Das Granatfeuer wurde immer intensiver. Vereinzelt Gewehrschüsse ließen sich hören. Bald wurden sie häufiger, endlich sehr zahlreich. Ich sagte halblaut vor mich hin: „Nun geht's los.“ Im selben Augenblick sprang der Compagnieführer auf. „Auf! Auf die Gewehre! Gewehr in die Hand! Rechts um! Marsch! Das Gewehr über!“ ging das Kommando.

Wir marschierten im schnellen Schritt bis an die Kirche, diese entlang. Die Granaten flogen zahllos. An der Boderfront der Kirche hatte ein Geschöß eine mannsgroße Urne heruntergeworfen. Der Premier sprang mit geschwungenem Säbel hinüber. Wir nach. — Jetzt waren wir auf einem freien Platz, an dessen Seiten mehrere Häuser in Brand gesetzt waren, welche tagelang Licht verbreiteten. Geradeaus ging die Rue d'Ivry direct auf das gleichnamige Fort zu, man konnte uns von dort genau sehen und wir merkten das, denn das ganze Feuer von Ivry aus konzentrierte sich auf uns.

„Laufschritt! Marsch, marsch!“ commandirte der Premier, und nun liefen wir, den Compagnieführer mit geschwungenem Säbel voran, über den Platz, die Rue d'Ivry entlang. Das war, als wäre die Hölle losgelassen. Wir hatten die Empfindung, als ob

handlungen selbst engagieren Niemand; es kann auf dieser Conferenz nicht nach Majoritäten abgestimmt und beschlossen werden; einen einfachen Gedankenaustausch über die Sache aber hätte Deutschland wohl nicht zu scheuen, sondern müsste ihn vielmehr suchen.

Die deutsche Section hat die Fehler des hochsiegenden Planes wohl entdeckt und spricht sich in ihrem an den Reichskanzler gerichteten Gutachten gegen das Programm aus; namentlich verwirrt sie den Gedanken eines Staatenvereins für Industriezusatz nach Analogie des Weltpostvereins. Die Gründen dafür giebt sie nicht weiter an. Indessen bedarf es nur eines Bildes auf die gegenwärtig herrschenden protectionistischen Strömungen, auf das Bestreben der einzelnen Staaten, sich gegen einander möglichst aufzuliehen, um zu erkennen, daß bei solchen Strömungen eine so großartige internationale Vereinigung ein Unding ist.

Deutschland.

Berlin, 25. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Staatssekretär des Reichsvoivomts, Wirthlichen Geheimen Rath Dr. Stephan, und dem Reichsgerichts-Rath Peisch zu Leipzig die Erlaßung zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien, bezeichnungsweise des Großkreuzes des Großherzoglich hessischen Verdienst-Ordens Philipps des Großmuthigen und des Commandeurkreuzes des Ordens der Königlich italienischen Krone ertheilt.

Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt Dr. med. Johann Christian August Wahn zu Kösen im Kreise Naumburg den Charakter als Sanitäts-Rath und dem Domänenpächter, Ober-Amtmann Bauer in Böpke, Kreis Franzburg, den Charakter als Amts-Rath verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Reichs den Herrn Gustav Schumann in São Paulo, Brasilien, zum Consul daselbst ernannt.

Dem Kaufmann C. Witzmann in Berlin ist das Equestrian als Argeninischer Consul für die Provinzen Pommern, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen Namens des Reichs ertheilt worden.

Dem Cavallmeister Carl Hürse zu Magdeburg ist das Prädicat Music-Director beigelegt worden. (R.-Anz.)

= Berlin, 25. Novbr. [Besinden des Kaisers. — General von Schweinitz in Friedrichsruhe. — Graf Hatzfeld, Fürst Hohenlohe und Herr von Radowitz.] Mit dem Besinden des Kaisers geht es fortgefeht besser. Der Kaiser empfing heute auch den Chef des Militär-Cabinets, Generalleutnant von Albedyll. — Der deutsche Botschafter in Petersburg, General von Schweinitz, welcher sich jetzt hier befindet, begibt sich heute Abend nach Friedrichsruhe zum Reichskanzler, angeblich, um einer Einladung zur Jagd Folge zu leisten. Jedenfalls erhellt daraus gegenüber den bisherigen, oft einander widersprechenden Nachrichten, daß Fürst Bismarck sich in gutem Wohlfsein befindet. — In hiesigen politischen Kreisen sieht man in der Beseitung Dulcignos durch Derwisch Pascha den unmittelbaren Vorsäufer der Übergabe dieses Platzen. Dafür spricht vor Allem das Nachsuchen einer Abschiedsaudienz beim Sultan seitens des Grafen Hatzfeld und die Rückkehr des Fürsten Hohenlohe aus Schlesien und dessen allerdings nahe bevorstehende Abreise auf seinen Botschafterposten nach Paris, welche ursprünglich erst gegen Weihnachten in Aussicht genommen war. — Was von der Wirksamkeit des deutschen Botschafters in Athen, Herrn von Radowitz, nach der Rückkehr auf seinen Posten bekannt geworden ist, bestätigt unsere früheren Mitteilungen in vollem Umfange. Die Mächte sind entschlossen, wie bereits geschehen, ihren ganzen Einfluß aufzuzeigen, um Griechenland von übereilten Schritten abzuhalten, welche weitere Verwicklungen zur Folge haben könnten.

[Secondarbahnen.] Die „N.-L. C.“ erfährt, daß noch für diese Session des Landtages aus dem Verkehrsministerium bedeutende Vorlagen für den Bau von neuen Secondarbahnen, die sich zusammen bis auf 40 bis 50 Millionen Mark belaufen sollen, in Aussicht stehen.

[Die Concessions-Urkunde, betreffend die Vollendung des Baues und den Betrieb der Eisenbahnen] a. von Südtirol über Diet nach Kempen und von da kreisförmig über Hülz, Tresfeld, St. Lönies und Vorj. zurück nach Südtirol mit Abzweigungen nach Bierlen und Grefrah; b. von Grefrah nach Stralen und c. von Hülz nach Mörs durch die Tresfelder Eisenbahngesellschaft wird im „R.-A.“ publicirt.

Frankreich.

© Paris, 22. Novbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Zur Magistratur-Reform. — Die Interpellation Lavicille's. — Das Listen-Skrutinium. — Communistiche Banket im Elysée Montmartre. — Aus der Kammer.] Das Publikum, das sich heut im Palais Bourbon eingefunden hatte, in der Erwartung, einer aufregenden Interpellations-Debatte beizuwöhnen, hat sich grausam enttäuscht gefunden. Die Interpellation des Deputirten Lavicille ist zwar angekündigt worden, aber die Debatte wurde auf Donnerstag verschoben, da der Conseiller-Stent Jules Ferry heute genötigt ist, im Senat an der Debatte über die höheren Töchter-Schulen teilzunehmen. — Die Deputirtenkammer hat also die Verhandlungen über das Magistraturgesetz wieder aufgenommen und zunächst ließ sich der ehemalige Justizminister Bardoux gegen den Art. 8 vernehmen. Dieser Artikel enthält, wie bekannt, die wesentlichste Bestimmung des ganzen Gesetzeswurfs. Er versucht die Aufhebung der richterlichen Unabkönnbarkeit für ein Jahr und beauftragt die Regierung, in diesem Zeitraume die Umgestaltung der Gerichtshöfe, d. h. die Entfernung der reactionären Richter, zu bewerkstelligen. Der folgende Art. 9 bestimmt alsdann, welche Entschädigungen man den abgesetzten Richtern zu gewähren hat. Wie es sich von selbst versteht, hat die Discussion über diesen Hauptpunkt der Reform wieder den Charakter der Generaldiscussion. — Was die Interpellation Lavicille's angeht, so will der Interpellant am Donnerstag nicht selbst eine Tagesordnung einbringen. Dieser Aufgabe unterzieht sich die äußerste Linke, woran sich schon entnehmen läßt, daß das Todesvotum, welches dem Marineminister Clouz zugeschrieben ist, sich nicht gerade in eine milde Form kleiden wird. Es ist dies jedenfalls für den Bedrohten ein glücklicher Umstand, denn einer solchen Tagesordnung werden sich die gemäßigten Republikaner nicht anschließen. Im Allgemeinen glaubt man nicht, daß der Marineminister einen schlimmen Ausgang zu befürchten hat. Das Einzige, was man ihm vorwerfen kann, ist, daß er in seiner Eigenschaft als Marinapräfekt von Cherbourg die Befreiung ausgeführt hat, die ihm von der Regierung des 16. Mai ertheilt wurden, und auf diesen Vorwurf wird er erwiedern, daß die Disciplin ihm nicht erlaubte, anders zu handeln. Die Freunde Gambetta's sind übrigens zu seinen Gunsten thätig. Die Scheidung zwischen ihnen und der äußersten Linken tritt in allen Säcken immer deutlicher hervor. — Auch für das Listen-Skrutinium wird von der Umgebung Gambetta's sehr eifrig Propaganda gemacht, seitdem sich so klar herausgestellt hat, wie groß in der republikanischen Partei die Abneigung gegen dasselbe ist. Der Präsident der Kammer ist offenbar durchaus nicht gesonnen, auf die Wiedereinführung der Listenwahlen zu verzichten; aber er macht sich klar, daß er seine Absichten nicht leicht durchsetzen wird. Es ist das die schwierste Partie, die er die Kammer gegenüber gespielt hat; im monarchistischen Lager freut man sich etwas voreilig darüber, daß er sie verlieren wird. In Erwartung der allgemeinen Wahlreform scheint die Regierung das System der Listenabstimmung auf die Pariser Gemeinderathswahlen anwenden zu wollen. Sie dürfte, wie der „Temps“ heute anzeigt, binnen kurzem den Kammern ein Gesetz vorlegen, wonach die Stadt Paris in vier Bezirke getheilt wird, deren jeder 18 Gemeinderäthe mittels Listen-Skrutiniums zu wählen hat. Es steht dahin, ob man mit Hilfe dieses Verfahrens die Pariser dahin bringen wird, daß sie die Leitung der städtischen Angelegenheiten weniger radicalen

und extravagant Politikern anvertrauen. — Gestern hatte sich die Blüthe der Communards in dem Elysée Montmartre Stelltheit gegeben, um die Bürgerin Louise Michel nach ihrer Rückkehr von Noumea feierlich willkommen zu heißen. Es waren über 2000 Personen zugegen und an Würze fehlte es diesem Feste nicht. Die Ausstattung des Saales war schon verheizungsvoll. Hinter der Präsidenten-Tribüne sah man eine Büste der Republik mit rother Schärpe und rother phrygischer Mütze. Vom Plafond herab hingen nebst vielen rothen Fahnen vier schwarze, auf denen mit blutrothen Ziffern die Jahreszahl 1871 eingeschrieben stand. Louise Michel erschien am Arme des Citoyen Gambon in schwarzem Kleide und mit schwarzen Handschuhen. Sie wurde mit nicht endenwollenden Jubelrufen empfangen und antwortete auf diese Begrüßung, indem sie den Arm ausstreckte und mit lauter Stimme rief: „Heil der sozialen Revolution, die man tot glaubte und die wieder auferstanden ist“. Zum Ehrenpräsidenten wurde auf Antrag der gesetzten Dame der Citoyen Félix Phat ernannt, und auf Vorschlag Gambon's erklärte die Versammlung, daß Louise Michel und ihre Schwestern sich wohl um die Commune, um das Vaterland und um die Menschheit verdient gemacht habe.“ Die Heldin des Tages hielt eine Rede, die deutlich genug von ihrem Geisteszustand und den Tendenzen ihrer Bewunderer zeugt. Sie ist, wie sie sagte, nach Frankreich zurückgekehrt, um Rache und Vergeltung zu üben. An wem? Die Versammlung schien es leicht zu errathen, als die Rednerin ausrief: „Wir wissen, wen wir treffen wollen, wir wissen, wen wir verantwortlich zu machen haben; wer auch der Mann ist, den wir zu treffen haben, wir werden nicht vor unserer Pflicht zurücktrecken.“ Kurz, Louise Michel gebertete sich als eine Art Judith oder Charlotte Corday, und das Publikum hörte ihr in einem wahren Begeisterungstaumel zu. Wirklich bemerkenswert ist der Enthusiasmus, mit dem man in dieser Versammlung von den Nihilisten sprach. Vive la révolution, vive le nihilisme, vive Louise Michel! Das waren die Rufe, mit denen man die Sitzung schloß. — Herr Desprez, der Botschafter beim päpstlichen Stuhle, wird morgen nach Rom zurückkehren.

P. S. Die Kammer hat sich beeilt. Nach der Rede Bardour' und einigen Bemerkungen Tozon's ist der Artikel 8 mit 275 gegen 169 Stimmen angenommen worden. Zum Artikel 9 bewilligte die Kammer mit 235 gegen 207 Stimmen die Forderungen der Regierung, und darauf wurde das ganze Gesetz voirt.

© Paris, 23. Novbr. [Aus dem Senat. — Die höheren Töchter-Schulen. — Das Listen-Skrutinium.] Der Senat ist gestern mit dem Gesetz über die höheren Töchter-Schulen in erster Lesung fertig geworden. In diesem Gesetze wird der Staat ermächtigt, mit Unterstützung der Departements und der Städte Secundarschulen für Mädchen zu errichten. Im Principe sollen diese Schulen Externate sein, aber „unter Verantwortlichkeit des betreffenden Gemeinderaths können mit ihnen Internate in Verbindung gebracht werden. Der Staat übernimmt also nur die Überwachung des Unterrichts“, der in diesen Schulen ertheilt werden soll. Um diese letztere Bestimmung vorzüglich drehte sich die Debatte, denn es kam dabei der Religionunterricht in Frage. Der Religions-Unterricht soll nämlich in den Internaten regelmäßig ertheilt werden und in den Externaten nur auf ausdrückliches Verlangen der Schülerinnen. Es liegt darin offenbar ein Widerspruch, den man vermieden hätte, wenn man die Einrichtung der Internate in dem Gesetze gar nicht berührt und sie den Gemeinden überlassen hätte. Dies schien der Wunsch Jules Ferry's zu sein. Unter den Rednern, die gestern auftreten, thaten sich Chésnelong, Jules Simon und Gavarde hervor. Chésnelong sprach auffallend gemäßigt zu Gunsten des obligatorischen Religions-Unterrichts. Er stellte die ziemlich gewagte Behauptung auf, daß es in Frankreich auf 33 Millionen Einwohner nur 82,000 Freidenker gebe. Jules Simon wollte, daß man in dem Unterrichtsplan die sogenannte Moral aus den Lehrgegenständen streiche, weil sich die Moral eigentlich nicht von der Religion trennen lasse. Der Senat ging auf diese Forderung nicht ein. Die Gavarde unterhielt die Versammlung wieder mit seinen exzentrischen Betrachtungen und erregte große Heiterkeit, als er ausrief: „Sind etwa Jeanne d'Arc und Jeanne Hachette aus einer Freibenterschule hervorgegangen?“ Donnerstag wird der Senat ein lebenslängliches Mitglied wählen und am Freitag soll die Budget-Discussion beginnen. — In den Leitartikeln aller Blätter muß heute das Listen-Skrutinium verhalten. Die „Débats“ zeichnen sich aus durch den Eifer, mit welchem sie diesen Wahlmodus vertheidigen und die parlamentarische Commission verspotten, die hinter verschlossenen Thüren die Listenwahl besiegt hat. Die Herren werden auf der Tribüne nicht mit den kleinlichen Gründen herauszurücken wagen, die sie unter einander geltend gemacht haben, meinen die „Débats“. Es giebt Dinge, die man denken und murmeln kann, die man sich nicht mit lauter Stimme zu sagen getraut.

Provinzial-Beitung.

Zweck und Ziele der am 1. December 1880 bevorstehenden Volkszählung.

Endlich sind wir in Deutschland in den fünfjährigen Turnus der Volkszählung eingerückt. Sowar war schon im Jahre 1870 für die Staaten des Norddeutschen Bundes eine von fünf zu fünf Jahren wiederkehrende Ermittlung der Volkszahl in Aussicht genommen; allein der Krieg mit Frankreich verhinderte die Zählung in diesem Jahre und machte ihre Verschiebung notwendig. Der bereits im Februar 1871 erfolgte glückliche Ausgang des Krieges gestattete, daß die Zählung am 1. December 1871 nunmehr im ganzen Deutschen Reiche nach übereinstimmenden Grundfächern bewerkstelligt werden konnte. 1875 ward von Neuem das Volk derselben gezählt; zwischen dieser Aufnahme und der vorausgehenden lag jedoch nur ein Zwischenraum von vier Jahren; erst die Zählung im Jahre 1880 erfolgt nach einem Verlauf von fünf Jahren, und hoffentlich tritt dem nun kein Hinderniß mehr entgegen, daß am Schlusse jedes Jahrtausends eine solche Statistik.

Man könnte sagen, daß die Zählungs-Intervalle von fünf Jahren gegen die im Polverein seit 1834 üblich gewesene dreijährige ein Rückschritt sei. Allein das ist doch nicht der Fall. Die Polvereins-Zählungen hatten einen rein fiscalischen Zweck, und zwar den der richtigen Vertheilung der Einkünfte des Polvereins auf die Staaten derselben nach Maßgabe ihrer so genannten Polabrechnungs-Bevölkerung; sie setzten damit leicht in Verbindung zu bringende anthropologische und staatsökonomische Ermittlungen ganz bei Seite. Wenn solche gleichwohl in einzelnen Vereinstaaten vorgenommen wurden, so geschah dies lediglich auf deren Veranlassung und in deren Interesse. Dagegen verfolgen die Zählungen im Deutschen Reiche ähnlichen fiscalischen Zweck, und jene des Polvereins, auch noch wichtige staatsrechtliche. Die Ergebnisse der Volkszählungen sind die Grundlage für die Bemessung der Matricular-Beiträge, für die Gesetz-Aushebung, für die Bildung der Reichstags-Wahlkreise u. s. w. Der größere Umfang der Zählungen und der Mehraufwand von Zeit zur Aufbereitung der Zähl-papiere macht daher auch eine längere Pause zwischen den einzelnen Aufnahmen zur Notwendigkeit.

Die heutige Ausbildung der Statistik gestattet in Staaten mit Bevöl-

kerungen von guter Schulbildung, die Volkszählung in allen Wohnplätzen an einem bestimmten Tage, ja zu einer bestimmten Stunde auszuführen, so daß Doppelzählungen und Zahlstücken nur in verschwindend kleinen Mengen vorkommen können. Das ist sicher ein sehr großer Fortschritt. Allein, mag die Kenntnis der bloßen Zahl der Menschen für viele Zwecke genügen, so ist sie doch nur ein Minimum Dessen, was man von den Bewohnern eines Staates wissen muß. Der Mensch lebt, wo es auch sei, gleichzeitig ein physisches und geistiges, ein sittliches und religiöses, ein wirtschaftliches oder sociales und hierdurch wieder ein politisches Leben. Die Zahl weist nur die Existenz der Menschen oder Bewohner nach; sie sagt aber Nichts aus über deren Beschaffenheit. Zwischen Menschen und Menschen ist jedoch ein gewaltiger Unterschied. Geschlecht, Alter, Familienstand, Religion, Nationalität, Beruf, Amt, sociale Stellung, Erwerbsfähigkeit u. s. w. bedingen so viel Mängelhaftigkeiten, daß ohne ihre Kenntnis die der Zahl der Menschen oder Bewohner allein unter Umständen bis zur Bedeutungslosigkeit herab sinken kann.

Dank den Bemühungen der internationalen statistischen Congresse sind die Volkszählungen, in Verbindung mit den Aufnahmen über die Bewegung der Bevölkerung, wegen ihrer Erstreckung über alle Schichten derselben nachgerade eins der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Mittel zur Messung des Volkswohlstandes geworden, dessen leider unerreichbares Ideal ist, daß jeder Einzelne im Volle den ihm von seinem Schöpfer gesetzten Lebenszweck erreiche. Einer der bedeutendsten Staatsrechtslehrer (der erst vor wenigen Jahren verstorbene R. v. Mohl) bezeichnete als Theile des Lebenszweckes:

- 1) Erhaltung des eigenen Lebens und der Gesundheit (als Bedingung alles Weiteren);
- 2) Fortpflanzung des Geschlechtes (als Bedingung der Fortdauer);
- 3) sittliche und religiöse Bildung (als Grundlage der Gemeinsamkeit und der Richtung für das ganze Leben);
- 4) Verstandesbildung (als hauptsächliches Mittel zur Erreichung der übrigen Aufgaben);
- 5) ästhetische Bildung (als Blüthe der übrigen geistigen Richtungen);
- 6) behaglicher Lebensgenuss (theils Folge der bisherigen Aufgaben, theils erst erlaubt, wenn diese gelöst sind).

Nicht jeder Mensch ist so glücklich, diese ganze Reihe von Zielen unter sich verbundenen Zwecken zu durchleben; allein Das unterliegt keinem Zweifel, daß, je mehr Bewohner eines Volkes dieses Glückes teilhabhaft werden, desto größer man den Wohlstand desselben nennen und preisen darf.

Überblick man nun die durch den internationalen statistischen Congress zu St. Petersburg aufs Einfachste zurückgeführten und formulirten Vorschriften für die Volkszählungen, und vergleicht man das über die Bevölkerung zu Erhebende mit jenen Zwecken, so erkennt man sofort, daß aus Ermittlungen solcher Art sehr wohl schon an und für sich autorende Schlüsse auf den Volkswohlstand gezogen werden können, noch weit sicherere aber dann, wenn die Zählergebnisse mit den Ergebnissen der Beobachtungen der Geburten und Sterbefälle, der Geschlechtungen und Scheidungen, der Zug- und Wegzüge in der Zeit zwischen je zwei Zählungen in Verbindung gebracht werden.

Die Bestimmungen, betreffend die Volkszählung am 1. December 1880 im Deutschen Reich, und ganz besonders auch in Preußen, bleiben nur wenig hinter jenen internationalen Vorschriften zurück. Je mehr diese Letzteren aber zu allgemeiner Geltung gelangen (und das ist in zunehmendem Maße der Fall), desto besser wird es möglich sein, den Wohlstand der verschiedenen Völker gegen einander abzuwagen. Bei Anwendung des nämlichen Zählverfahrens sind solche Vergleiche nicht blos von Land zu Land lehrreich, sondern auch diejenigen von Zeit zu Zeit innerhalb des nämlichen Landes sind von großer cultur-statistischer Bedeutung.

So ist denn die Volkszählung am 1. December 1880 im Deutschen Reich wie in Preußen sowohl eine Maßregel zur Ermittlung der Volkszahl, als auch zur Messung des Volkswohlstandes. Jedem Familienhaupt ist durch die kleinen, ihm von den Zählern zur Ausfüllung übergebenen Zählkarten das Mittel dargeboten, an seinem Theile nach Kräften dazu beizutragen, daß jene Messungen so genau wie möglich ausfallen. Es braucht die darin gestellten Fragen für sich und die Seiten nur richtig und der Anleitung gemäß zu beantworten. Durch verständige Belehrung der Bevölkerung in der Presse, durch Hinweis auf die Wichtigkeit der Volkszählung auf der Kanzel und in der Schule, in Gemeinde-Versammlungen u. s. w. kann zu dem guten Gelingen der beobachtenden Aufnahme viel beigetragen werden. Auch das unterzeichnete Bureau hat das Seinige hierzu gethan, indem es einen sehr großen Theil der Vorbereitungs-Arbeiten auf seine Schultern nahm. Ein größerer Theil von Arbeiten steht ihm freilich bei der Gewinnung der Zählergebnisse noch bevor; doch es wird keine Mühe scheuen, so rasch und so gut wie möglich zu dem Endresultate vorzudringen und dasselbe zu verkünden. Möge nur dieses durch harmonisches Zusammenspiel der Behörden, der Zählkommission, der Zähler und namentlich auch der Bewohner zu erzielende Resultat den unanschrebbaren Nachweis erbringen, daß das deutsche und, darin eingeschlossen, das preußische Volk in der Zeit von 1875 bis 1880 nicht blos an Zahl zugewonnen, sondern auch an seinem Wohlstande keine Einbuße erlitten habe.

Königliches statistisches Bureau.

Dr. Engel.

© Breslau, 25. Novbr. [Landgericht. — Strafkammer I. — Unterlassene Anzeige eines geplanten Verbrechens.] Nach § 139 des Strafgesetzes wird derjenige mit Gefängniß bis zu fünf Jahren bestraft, welcher von dem Vorhaben eines Hochverrats, Landesverrats, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeinschaftlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhaft Kenntniß erhält, es aber trotzdem unterläßt, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen. Die Strafversetzung tritt ein, wenn das geplante Verbrechen oder auch nur ein strafbares Verübung derselben zur Ausführung gelangt ist. — Der Verleugnung dieses Paragraphen beschuldigt sind die aus der Untersuchungshaft vorgeführten Arbeiter Paul Kempe und Karl Kretschmer, beide aus Breslau. Im Alter von 19 resp. 18 Jahren stehend, hielten beide schon eine ganze Reihe Verstößen wegen Betteln, Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit. Die Angeklagten saßen am Abend des 11. September dieses Jahres in dem in der Sandstraße belegenen Ollendorff'schen Schänlocal mit den Arbeitern, oder richtiger Bagabunden, Michael Mida und Heinrich Winkler zusammen. Diese kaum dem Knabenalter entwachsene Burschen haben auch schon wiederholt mit dem Strafrichter Bekanntschaft gemacht. Sie verließen an jenem Abend in Gesellschaft ihrer „Collegen“ Kempe und Kretschmer das Schänlocal, um ebenso wie jene irgendwo eine Schlafläche aufzufinden. An der Universitätsbrücke angelangt, sagte Mida: „Wir werden heute einige Stroh- und Getreideschober in Brand steken“. Winkler segte hinzu: „Ja, ja, die Feuerwehr muß doch einmal Arbeit bekommen.“ Hierauf trennten sich die vier Patrone. Kempe und Kretschmer gingen jeder seinen eigenen Weg, Mida und Winkler lachten ihre Schritte nach Rosenthal. Dort haben sie in der That, wie seiner Zeit gemeldet wurde, 3 Stroh- resp. Getreideschober in Brand gestellt, sich gegenwärtig wegen dieses Straftat in Untersuchungshaft und sollen von dem nächsten Schwurgericht abgeurtheilt werden. Die heutigen Angeklagten Kempe und Kretschmer versichern, daß hätten damals nicht gedacht, daß Mida und Winkler wirklich eine Brandstiftung begangen würden, sie sahen die Worte der beiden nur als spöttische Bemerkung auf. M. und W. werden vorgeführt und ohne Bereidigung als Zeugen vernommen. Ihre Aussagen bestätigen, daß Kempe und Kretschmer die Drohung keinesfalls ernstlich nehmen konnten, es war auch gar nicht gesagt worden, wohin sie (M. u. W.) gehen würden, um Strohschober anzuzünden. Der Vertreter des Staatsanwaltschafts, Herr Gerichtsassessor Schild, schenkt diesen Angaben keinen Glauben, er beantragt deshalb das Schuldig gegen Kempe und Kretschmer und hält eine Gefängnisstrafe von

